

Weg mit der Reitschulinitiative

Die Berner Jungfreisinnigen fordern in einem offenen Brief die SVP dazu auf, ihre Reitschulinitiative zurückzuziehen.

Der Brief an die «sehr geehrten Herren Fuchs, Glauser und Weil» beginnt mit einer glasklaren Aussage: «Die Reitschule hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Sie hat heute eine Buchhaltung, die nach KMU-Standard geführt und von Revisoren geprüft wird», heisst es. Und weiter: «Die von Ihnen eingereichte Initiative fordert zu Recht, dass die Reitschule marktübliche Mieten zu bezahlen, die gesetzlichen Steuern zu berappen und die entsprechenden Bewilligungen einzuholen hat.» Im nächsten Abschnitt heisst es dann unmissverständlich: «Allerdings werden diese Forderungen seit dem 1. 1. 2004 dank entsprechenden Leistungsverträgen vollumfänglich erfüllt.» Die Initiative sei folglich «überflüssig» und koste die Stadt bloss einen Haufen Geld. Die Jungfreisinnigen fordern deshalb die Initianten auf, ihr Begehren zurückzuziehen.



Die Berner Reitschule / Keystone

Einstimmiger Entscheid

Ausgerechnet bürgerliche Jungpolitiker solidarisieren sich nun also offen mit den Reitschulbetreibern. Kein Widerspruch? «Nein. Gerade als liberale Partei können wir uns mit einer solchen Initiative nicht anfreunden», betont Bernhard Eicher, Vizepräsident der Stadtberner Jungfreisinnigen. Sie nütze nichts und koste bloss.

Der Entscheid, sich öffentlich gegen die SVP-Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» zu äussern, sei im siebenköpfigen Vorstand einstimmig gefallen, versichert Eicher.

Schützenhilfe erhalten die Jungfreisinnigen auch von der städtischen Mutterpartei. «Die FDP ist absolut einverstanden mit dem Inhalt dieses Briefes», sagt Parteipräsident Thomas Balmer. Und weiter: «Wir haben ja bereits im Stadtrat gesagt, dass wir für den Leistungsvertrag sind. Und wir haben uns gegen die Initiative ausgesprochen.» Man müsse den Reitschulbetreibern Zeit geben und «schauen, wie sich alles entwickelt». Im Übrigen sei die Zusammenarbeit zwischen den Leuten von der Reitschule und der Stadt Bern – insbesondere mit der Polizei – unterdessen ja viel besser als in früheren Zeiten.

Fuchs gibt nicht auf

Solche Argumente zählen bei den Initianten jedoch nicht allzu viel. SVP-Grossrat Thomas Fuchs: «Wir werden die Initiative nicht zurückziehen.» Man wolle sich eben nicht bloss auf «mündliche Zusagen» der Reitschulbetreiber stützen. Man wolle es «verbrieft» haben, dass sich die Verantwortlichen an die verschiedenen Abmachungen hielten. Das Abstimmungskomitee seinerseits schreibt in einer Medienmitteilung: «Vertrauen ist zwar gut, Kontrolle aber nach wie vor besser.» Und da der Gemeinderat die Initiative wohl zusammen mit anderen Vorlagen dem Volk unterbreiten werde, würden für die Stadt «keine Zusatzkosten» entstehen.